



Arbeiterwohlfahrt
Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.



Der Kinderschutzbund
Landesverband
Schleswig-Holstein



Kinder haben Armut nicht gewählt!

Wir fordern eine Landesstrategie gegen Kinderarmut: Anpacken statt rumschnacken.

Es darf kein Kind mehr in Armut zurückgelassen werden. Zur der geplanten landesweiten Armutskonferenz des Landes am 14. März 2024 fordern AWO LV SH, Der Kinderschutzbund LV SH, Der Paritätische SH, DGB Nord und SoVD LV SH von der Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode messbare Erfolge und einen Handlungsplan zum Abbau von Kinderarmut.

Schlechtere Chancen auf gute Bildung, Beeinträchtigung der körperlichen und gesundheitlichen Entwicklung, soziale Ausgrenzung, mangelnde gesellschaftliche Teilhabe: All das bedeutet Armut für Kinder!

Unzähligen Kindern wird eine Chance für ihre Entwicklung, ihre Bildung, ihr Leben verwehrt: In Schleswig-Holstein ist jedes 5. Kind arm oder von Armut bedroht. Jedes 6. Kind lebt von Leistungen der Grundsicherung (SGB II). In Kiel, Lübeck und Neumünster ist sogar jedes 4. Kind von Armut betroffen.

Wege aus der Armut sind schwierig – Kinder aus armen Familien bleiben oft arm. Statistisch betrachtet bedarf es sechs Generationen¹, damit ein Kind einkommenschwacher Eltern später ein durchschnittliches Einkommen erreicht und damit nicht mehr in Armut lebt.

Die Situation ist seit Jahrzehnten bekannt und nicht länger hinzunehmen – besonders nicht in einem so reichen Land wie Deutschland. Für viele Kinder, Jugendliche und Familien hat sich die Situation durch die Krisen der vergangenen Jahre sogar drastisch verschärft. Der Abbau von Kinderarmut muss *jetzt* endlich Priorität haben:

Wir fordern von der Landesregierung eine belastbare Strategie gegen Kinderarmut!

Einem strukturellen Phänomen wie verfestigter Kinderarmut kann nicht adäquat mit einem Nebeneinander aus Einzelinitiativen begegnet werden. Statt neuer Handlungsperspektiven braucht das Land politische Kraft und ausgeprägten Willen, um Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen.

Für ein gutes Aufwachsen brauchen Kinder und Jugendliche sowohl eine bedarfsgerechte finanzielle Absicherung als auch ein Armut verhinderndes, chancengerechtes Infrastrukturangebot im Lebensumfeld. Kindern und Jugendlichen müssen ein selbstbestimmtes Leben und eine individuelle Förderung ihrer Entwicklung, unabhängig von Wohnort und sozialer Herkunft, ermöglicht werden.

Daher fordert das Bündnis von der Landesregierung:

- Kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, konkret

¹ vgl. OECD. A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility. <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/social-mobility.htm>

- Finanzielle Stärkung der Kitas mit dem Ziel einer beitragsfreien Kinderbetreuung
- Kita: Sprachförderung von Anfang an
- Echte Lernmittelfreiheit: Alle für den Schulalltag notwendigen Materialien kostenfrei
- Chancengerechte Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganzttag und Investition in Qualität: Fachkräfte für den Ganzttag – ausbilden und finanzieren
- Gute Gesundheit, konkret
 - Stärkung des Schutzes vor körperlicher, sexueller und seelischer Gewalt sowie Vernachlässigung
 - Niedrigschwellige Familienbildung und Erziehungsberatung stärken
 - Mehr Prävention und eine bessere Gesundheitsförderung in allen Lebenswelten von Kindern mit gezielter Berücksichtigung benachteiligter Gruppen
 - Versorgungsstrukturen der Kindergesundheit neu denken – insbesondere auch im ländlichen Raum
- Erfolgreiche Teilhabe, konkret
 - Offene Räume wie z.B. Spielplätze, Sportanlagen und Jugendtreffs, insbesondere in benachteiligten Quartieren
 - Ausbau des Landesinvestitionsprogramms für benachteiligte Quartiere – in Stadt und Land
 - Inklusion in Kitas und Schule umsetzen – damit alle Kinder gleichermaßen gefördert werden
 - Recht und Anspruch auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken und umsetzen

Weiterhin fordert das Bündnis von der Landesregierung, ihren Einfluss auf Bundesebene geltend zu machen, zur:

- Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz mit allen Schutz-, Förder-, Beteiligungsrechten und dem Vorrang des Kindeswohls.
- zügigen Umsetzung einer Kindergrundsicherung, die finanziell so ausgestattet ist, dass sie Armut effektiv bekämpft.
- Umsetzung einer neuen und gerechteren Steuerpolitik, die stärker nach dem Leitsatz „starke Schultern tragen mehr als schwache“ gestaltet wird und die wachsende Spaltung in Deutschland beendet.

Es darf kein Kind mehr zurückgelassen werden. Wir fordern von der Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode messbare Erfolge und einen Handlungsplan, wie oben benannte und weitere Maßnahmen zu einer echten Strategie verwoben werden – denn Kinder haben Armut nicht gewählt.